



Martin Scheurer

Spielerisch selbstbestimmt

Rechtskonforme Einwilligungserklärungen
in Zeiten ubiquitärer Digitalisierung

Internetrecht und Digitale Gesellschaft, Band 18

Tab., Abb., 390 Seiten, 2019

Print: <978-3-428-15785-3> € 89,90

E-Book: <978-3-428-55785-1> € 79,90

Print & E-Book: <978-3-428-85785-2> € 107,90

Auch nach den Vorgaben der DSGVO ist die Einwilligungserklärung das zentrale Ausübungsinstrument datenschutzrechtlicher Selbstbestimmung. Allerdings wird das Versprechen einer freiwilligen, selbstbestimmten und allem voran informierten Einwilligung im Kontext der voranschreitenden Vernetzung und Verdattung der Gesellschaft vermehrt kritisch beäugt. Gerade aber mit Blick auf die zunehmende Ökonomisierung personenbezogener Daten sollten die Vorgaben des Datenschutzrechts nicht als Antagonist der datengetriebenen Wirtschaft identifiziert werden, sondern vielmehr als Innovationsmotor bei der Ausgestaltung kreativer Einwilligungsprozesse. Vor diesem Hintergrund analysiert die vorliegende Arbeit die nunmehr geltenden grund- und datenschutzrechtlichen Anforderungen an die Einwilligungserklärung und untersucht erste Lösungsansätze zur Gewährleistung einer effektiven, digitalisierten Selbstbestimmung.

Inhalt

Einleitung

Erster Teil: Grundlagen

1. Zum Begriff der informationellen Selbstbestimmung

Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung gem. Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG — Das Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme — Zwischenfazit

2. Die Neuordnung des Datenschutzrechts durch die DSGVO

Die Rechtssetzung durch die Europäische Union — Die Einordnung der DSGVO im Gefüge des Unionsrechts — Zwischenfazit

Zweiter Teil: Das Konzept der informationellen Selbstbestimmung nach den Vorgaben der DSGVO

1. Die autonome Auslegung der DSGVO nach den Vorgaben des Unionsrechts

Die primärrechtskonforme und autonome Auslegung des Sekundärrechts — Die (weiteren) Auslegungskriterien des EuGH — Exkurs: Europäische Auslegungsgrundsätze bei nationalen Umsetzungssetzen



2. Die Charta als Prüfstein der Anwendung und Auslegung der DSGVO

Der Schutz personenbezogener Daten, Art. 8 der Charta — Die Achtung des Privat- und Familienlebens, Art. 7 der Charta — Ergebnis und Abgleich mit der grundrechtlich garantierten informationellen Selbstbestimmung

Dritter Teil: Die Einwilligung – Voraussetzungen und Umsetzungsmöglichkeiten nach den Vorgaben der DSGVO

1. Die DSGVO als Rechtsrahmen der datenschutzrechtlichen Einwilligungserklärung

Die Anwendbarkeit der DSGVO — Auswirkungen auf derzeitige Bestimmungen zur Einwilligungserklärung nach dem nationalen Recht — Zwischenfazit

2. Die persönlichen Einwilligungsvoraussetzungen

Die Einwilligungsberechtigung — Die Einwilligungsfähigkeit nach den Vorgaben der DSGVO — Zwischenfazit

3. Die formellen Einwilligungsvoraussetzungen

Zeitliche Aspekte der Einwilligungserklärung — Die Form- und Transparenzvorgaben der DSGVO — Die Nachweispflichten im Rahmen der Erteilung der Einwilligungserklärung

4. Die materiellen Einwilligungsvoraussetzungen

Das Gebot der materiellen Transparenz – Die Bestimmtheit, Art 4 Nr. 11 i. V. m. Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. a DSGVO — Das Gebot der Informiertheit, Art. 4 Nr. 11 i. V. m. Art. 7 DSGVO — Das Gebot der Freiwilligkeit unter besonderer Berücksichtigung der Vorgaben des Art. 7 Abs. 4 DSGVO — Zwischenfazit

Vierter Teil: Schlussbetrachtung

1. Zusammenfassende Thesen

2. Schlussbemerkung

Literaturverzeichnis

Sachverzeichnis